

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

20.2.1868 (No. 43)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 20. Februar.

N. 43.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Petizelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Selber frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 17. Febr. Bericht der Budgetkommission über das Budget der Groß-Steuerverwaltung, erstattet von dem Abg. Fried. (Schluß.)

§ 8. Bieraccise. Die Groß-Regierung schlägt vor, die Fabrikationssteuer von Bier von 5 auf 7 kr., d. h. um 40 Proz. per Stöße zu erhöhen, und ebenso die Uebergangssteuer von 7,8 kr. auf 10 kr.

Die Kommission hat bereits in dem von dem Abg. Kirchner erstatteten Bericht über die provisorische Steuererhebung darauf aufmerksam gemacht, daß das seitherige Verhältnis der Uebergangssteuer zur Fabrikationssteuer eigentlich nicht 10 kr., sondern 10,92 kr. per Stöße erforderte. Die Groß-Regierung machte gegen den Vorschlag der Kommission, die Uebergangssteuer auf 11 kr. zu erhöhen, geltend, daß bei Erlassung des maßgebenden Gesetzes vom 28. Februar 1845 unterstellt gewesen sei, daß man vom Kesselinhalt nur 64 Proz. fertiges Bier erhalte; dieses sei jedoch nicht mehr richtig, indem nunmehr in Folge von Verbesserungen im Brauverfahren und einer den Brauereien gemachten Konzession — die im genannten Bericht näher angegeben ist — ein geringerer Abgang stattfinde, wonach 70 Proz. fertiges Bier gewonnen werden. Die Groß-Regierung kann sich dabei auf ihre in der Brauerei Rothhaus gemachte Erfahrung stützen. Die Kommission ist nicht im Stande, hierüber zu urtheilen, und ist der Ansicht, daß man das seitherige Verhältnis fortbestehen lassen, und die Uebergangssteuer wie bei der provisorischen Erhebung auf 11 kr. per Stöße festsetzen soll. Danach wäre die Position um 5109 fl. zu erhöhen. Wir tragen auf letztere Summe an, und zwar um so mehr, als Württemberg seine Biersteuer nur um 25 Proz. erhöhen will.

Der Budgetkommission ist auch eine Petition einer Anzahl Bierbrauer zur Berichterstattung überwiesen worden; es sind der Petenten zehn; sie unterschreiben sich als das in der am 1. Oktober zu Offenburg gehaltenen Versammlung erwählte Komitee, und es ist der Petition, welche bereits gedruckt an das hohe Haus vertheilt wurde, ein Faszikel mit 59 Vollmachten, die im Ganzen 607 Unterschriften tragen, angeschlossen. Die Vollmachten lauten theils auf einzelne Brauer, welche die Versammlung zu besuchen beabsichtigten, und erklären sich im voraus mit den zu fassenden Beschlüssen einverstanden, theils sind es Schreiben an die Versammlung ähnlichen Inhalts, theils wohl auch nachträgliche Erklärungen des Einzelnen, theils mit den gefassten Beschlüssen und mit der ausgearbeiteten Petition. Letztere sind zahlreich und meist wörtlich gleichlautend.

Ein Beschluß der Offenburger Versammlung, welcher gerade die Unterzeichner der Petition bevollmächtigt, dieselbe abzufassen und einzureichen, liegt nicht vor. Die Kommission glaubte sich nicht berechtigt, aus diesem formellen Grund die eingereichte Petition ganz unberücksichtigt zu lassen; sie fand sich vielmehr veranlaßt, bei einer so hochwichtigen Angelegenheit die Sache und nicht die Form ins Auge zu fassen.

Die Petition hebt folgende Sätze hervor:

1) „Der Bierbrauer habe man schon seit einer Reihe von Jahren nur unter besonders günstigen Verhältnissen einen geringen Nutzen abringen können.“ Kleine Brauereien mögen heutzutage den großen gegenüber wohl manchmal einen schwereren Stand haben, aber im Ganzen kann die Kommission diese Behauptung nicht als richtig anerkennen. Daß die

ganz kleinen Brauereien, denen nicht immer das erforderliche Kapital und die erforderliche technische Bildung zur Seite stehen, mit den großen Brauereien nur schwer und oft gar nicht konkurriren können, und daher das Kleingewerbe zurückgeht, liegt aber in ganz anderen Verhältnissen, als in der Besteuerung, und diese Verhältnisse, die wir wohl hier nicht näher zu erläutern haben, würden auf die Brauerei ihre Wirkung äußern, auch wenn gar keine Biersteuer existierte, wie sie diese Wirkung auf viele andere nicht besonders besteuerte Gewerbetriebe äußert haben.

2) „Die Steuerkraft der Brauerei sei schon auf das höchste Maß angepannt.“ In diesem vielfach mit Zahlen belegten Punkt, worin jedoch, entgegen der Annahme der Groß-Regierung, nur von 64 Proz. des Kesselinhalts an reinem Bier die Rede ist, erscheint die ganze Darstellung so, als zahle der Brauer, der ohnedies der geplagteste Mann unter allen Gewerbetreibenden sei, die Accise ganz aus seiner Tasche. Für die Erhöhung der Accise von 5 kr. auf 7 kr. per Stöße, mithin von 1/10 kr. per Maß, ist dieses auch schon in diesem Hause behauptet worden; die Kommission bezweifelt übrigens die Behauptung, daß es nicht möglich sei, einem so kleinen Betrag den Konsumenten aufzulegen, besonders beim Verkauf in Fässern.

3) Die Brauer machen ferner geltend, daß sie an Grund-, Häuser- und Gewerbesteuer in Folge der erforderlichen großen Gebäulichkeiten und des „viele Folianten“ füllenden kostspieligen Inventars, sowie der mit vielem Comfort ausgerüsteten Wirthschaftslokalitäten in höherem Maß beizugezogen werden, als andere Gewerbetreibende.

Die Wirthschaftslokalitäten kommen für die Brauerei nicht in Betracht, da diese ein Geschäft für sich ist und die Brauer ohnehin im Verlauf behaupten, daß sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen weit mehr für den Zäppler als für sich arbeiten. Dagegen wird dieselben allerdings die Erhöhung der direkten Steuern treffen. Die Kommission kann aber nicht einsehen, warum dieses die Bierbrauer in anderem Verhältnis treffen sollte, als die übrigen Steuerpflichtigen. Mit fremdem Geld arbeiten auch andere Gewerbetriebe und sind dabei nicht einmal immer im Stand, dieses wie die Brauer, nach ihrer Angabe, auf künstliche Weise zu verdeden.

4) Die Brauer beschwerten sich auch darüber, daß die Arbeitskräfte gegenwärtig nur um hohes Geld zu gewinnen seien und nahezu 6 Proz. des bereiteten Biers wieder selbst aufzehren. Allein in erster Beziehung geht es den Brauereien wohl nicht schlimmer, als allen Andern, welche gegenwärtig Arbeitskräfte brauchen, und das Letztere ist eben ein Gewerbetreibender, der wenigstens zu mindern sein dürfte.

5) Die Brauer beschwerten sich, daß sie die Steuer beim Lagerbier viele Monate vorausbezahlen müßten, ehe sie dasselbe verkaufen könnten, und hätten doch nicht, wie die Brauer in Württemberg, einen Bieraccise-Kredit. Die Kommission glaubt, diese, wie ihr scheint, nicht ungegründete Klage der Groß-Regierung zu geneigter Erwägung empfohlen zu sollen.

6) Das Bier sei bei uns zu einem Lebensbedürfnis geworden und trage dadurch, daß dem Publikum ein gesundes, kräftiges und preiswürdiges Bier geboten werde, zur Verminderung des Branntweintrinkens bei. Eine Preiserhöhung sei aber schon dadurch unmöglich, weil die Brauer nicht genug gegen die Konkurrenz fremden Bieres geschützt seien.

Das Letztere haben wir bereits oben besprochen; wird der dort beantragte Satz angenommen, so werden unsere Brauer hinreichend geschützt sein für ein Bier, welches die so eben von ihnen angeführten Eigenschaften hat.

Nachträglich wurde an sämtliche Mitglieder des Hauses ein Abdruck einer an das Groß- Finanzministerium gerichteten Eingabe derselben Petenten ausgetheilt, worin dieselben das in der Petition Enthaltene noch weiter zu begründen versuchten. Die Kommission konnte dadurch keine andere als die bereits vorgetragene Ansicht von der Sache gewinnen; sie glaubte aber eine nähere Würdigung der in der Schrift enthaltenen Zahlen übergeben zu müssen, weil die Eingabe nicht an die Stände gerichtet ist. Der Abdruck enthält übrigens eine Unterschrift mehr als die wirkliche Eingabe, welche nach einer der Kommission gemachten Mittheilung irrtümlich auf den Abdruck gesetzt wurde.

Nach diesen Ausführungen und in Erwägung, daß alle Steuern beinahe ohne Ausnahme erhöht werden müssen, und die Biersteuer fünfzig nur um 0,37 Proz. mehr zur ganzen Steuerlast beitragen wird, als die übrigen Steuer-gattungen, trägt die Kommission darauf an, über die Petition der Bierbrauer, soweit sie gegen die Steuererhöhung gerichtet ist, zur Tagesordnung überzugehen und folgende Sätze anzunehmen:

a) Von dem im Inland gebrauten Bier werden von der Stöße Kesselinhalt statt bisheriger 5 künftig 7 kr. Steuer bezahlt;

b) die Uebergangssteuer von Bier wird von 7,8 kr. auf 11 kr. erhöht.

Durch letztere Annahme erhöht sich der Budgetsatz nach dem in der Begründung der Groß-Regierung angeführten Quantum eingeführten Bieres um 5109 fl. und wird in runder Summe 726,555 fl.

Schließlich sehen wir uns noch veranlaßt, hier anzuführen, daß nicht alle Bierbrauer der Petition zugestimmt haben, weil dieselben grundsätzlich eine andere, die Fabrikationsweise weniger oder gar nicht beeugende Erhebungsart wünschen. Die Kommission sieht kaum eine Möglichkeit vor sich, dieses zu bewirken, da eben jede ähnliche Steuer beinahe unvermeidlich eine bis zu einem gewissen Grad beeugende Kontrolle mit sich bringt und Aversalsummen, wie sie in einigen Theilen Norddeutschlands bestehen, wohl auch ihre Nachteile haben. Wir sind auch nicht einmal im Stande, die Vortheile und Nachteile gegeneinander abzuwägen, welche die verschiedenen andern Erhebungsweisen theils in finanzieller Beziehung, theils in Belästigung des Brauers nach sich ziehen. Allein wir glauben doch auch diesen Gegenstand zur Erwägung der Groß-Regierung empfehlen zu dürfen, da es jedenfalls in allseitigem Interesse liegt, die Geschäftsbewegung der Brauer so wenig wie möglich zu hemmen, ohne das Staatseinkommen zu schmälern.

§ 9. Brauntweinsteuer. Diese Steuer wird in drei Sätzen erhoben, und zwar per Maß Kesselinhalt: 1) von gewöhnlichen Brenntesseln 3 kr. per Maß und per Monat; 2) von solchen mit Vorwärnern 4 1/2 kr. per Maß und per Monat; 3) von Dampfbrennapparaten 6 kr. per Maß und per Monat, und es kann die Steuer auf nicht weniger als 10 Tage bezahlt werden.

Luisa Neumann.

(Schluß aus Nr. 42.)

Sie hatte in einem ganz andern Sinne Geist als Fern. Goshmann (die damals ebenfalls am Burgtheater war). Bei dieser erschien die geistige Kraft à la sauvage, brüsk herausfordernd; bei Luisa Neumann erschien diese Kraft leiser, vorsichtiger, und erst wenn sie des Terrains sicher war, wagte sie einen Sprung. Nur gerade so weit, als absolut notwendig war, und ihr schallendes Gelächter drückte den Stempel darauf, daß Alles harmlos gemeint wäre. Sie lachte vorzüglich. Kurz, das begabte Naturell war breiter und wider in ihr, als bei Fern. Goshmann, und die gefällige Zurückhaltung oder Ausgleichung war stets zur Hand, während der humoristische Geist der Goshmann ohne Rückhalt vorbrach.

Diese sieben ersten Jahre meiner Direction — fährt Laube fort — die Werbung um Laube, war sie mir die getreueste und feinste weibliche Hilfe. Sie rieth und warnte grübelnd. Immer bescheiden, immer mehr fragend als sagend, eigentlich immer naiv. Bei aller Weltlichkeit blieb ihre Seele in allen Dingen naiv; eine unerschütterliche Eigenschaft an einer Frau. Ueber Literatur, über Stille, über Menschen, wenn sie noch so genau unterrichtet war, sprach sie nie mit der Bestimmtheit eines Kenners, nie apodiktisch. Auch da fragte sie stets: Ist dies nicht bei aller Fortschrittlichkeit, die ich nicht verstehe, doch von zweifelhaftem Werthe? Oder umgekehrt: Ist dies nicht bei allem Tadel, den es erfahren, doch recht beachtenswerth? Sie mochte nie entscheiden, auch ihr Urtheil wollte jung bleiben und belehrbar — ein naives Mädchen.

Wie sträubte sie sich, aus ihrem engen Rollenkreise herauszugeben! Der bare Gegenjah zu Dawson und Sebach. Und doch mußte ich sie dazu drängen. Ich hatte eigentlich keine andere Lustspiel-Liebhaberin, und gerade ihr Wesen war ja vorzugsweise geeignet, die Lustspiel-Liebhaberin darzustellen auf einem Theater, welches einfache Natürlichkeit zum Ausgangspunkte der Darstellung nimmt. Eben weil nichts, auch

nicht Gültigkeit oder Ehrgeiz, sie aus der einfachen Natürlichkeit hinaustreiben konnte, eben deshalb war sie ja wie berufen, die Erweiterung ihres Rollenkreises anzustreben. Die Garantie war ja eben vorhanden, daß dies nur in folgerichtiger Weise geschehen würde und daß sie nirgends in die Wahl falscher Mittel verfallen könnte. Mistrauen in ihre Kraft, Zweifel an ihrer Begabung kamen bei jeder neuen Rolle, welche nicht hos naiv war, in Rede; sie nämlich brachte das in Rede, und alle Wendungen wurden erzwungen wie auf einer Goldwaage. „Doktor, das kann ich nicht!“ war das dritte Wort, und dabei zeigte sie von Rolle zu Rolle, daß sie viel mehr konnte, als sie sich zugetraut. Wie schön spielte sie die Priska in den „Krisen“, welche einen sentimentalen Prozeß durchzumachen hat, obwohl sie gemeint hatte, gerade der hübsche ihr nicht zu Gesichte. Wie Treffliches leistete sie in der „Königin von Navarra“, die ihr jähredlich war. Und hier hatte sie auch Recht mit ihrem Schrecken; hier kamen Grenzplände, welche sie nicht überschreiten konnte. Theils in der Sache selbst, welche stärkere Ausdrucksmittel verlangte, als sie besaß, theils in der nicht eben organischen Führung der Rolle, welcher Virtuosenzüge angeheftet sind. Das Deklamiren mit politischer Beweisführung vor Kaiser Karl war für Luisa Neumann eine künstliche Zunnübung, über welche wir bei der Probe viel gelacht haben. Sie lachte mit, aber sie hatte die schönste Lust, darüber zu weinen, und sie schalt mich mit Recht, daß ich sie in Willkür führe, in denen sie nicht durchkomme! Namentlich das enge Organ behinderte sie. Und dennoch ist ihr der größere Theil der Rolle nie mehr nachgespielt worden und das Stück hat mit ihr den angenehmen Mittelpunkt verloren. Es wurde ihr ganz erreichbar, die naive Schalkhaftigkeit des naiven Mädchens zur lässigen Spitzschere der vornehmen Dame zu steigern.

Und all diese anmutigen Studien sollten plötzlich ein Ende nehmen! Amuthig, weil sie so gesund entstanden. Sie begannen mit den einfachsten Fragen wie bei Kindern. Bekanntlich fragen Kinder so schwer, daß der Weisheit in Verlegenheit kommt und sich Rechenschaft geben

müß von Dingen, die sich von selbst verstehen sollten und sich doch gar nicht von selbst verstehen. Gerade solche Fragen, aus naivem Grunde aufsteigend, sind ein Segen bei Kunststudien — sie schützen vor Hohlheit und unwahrer Täuschung.

All dies Grundelement guter Komödie im Burgtheater schien mir verloren zu gehen mit dem Ausscheiden einer Luisa Neumann — ach, es waren traurige Tage, als sie ihre letzten Rollen spielte, und als sie zum ersten- und letztenmale vortrat, um persönlich zum Publikum zu sprechen und Abschied zu nehmen!

Eines der edelsten, der liebsten Plätter in der Geschichte des Burgtheaters war vollgeschrieben und mußte umgewendet werden. Und wir haben's doch getragen, aber fragt uns nur nicht, wie?!

Tenorelli Neumann ist vom Präsidium des Kartellvereins für kontraktbrüchig erklärt. Er wird daher auf keiner Vereinsbühne gastiren können. Die Konventionalstrafe, welche der eigenwillige Sänger zu zahlen haben wird, dürfte sich auf 3000 Thaler belaufen. Zwischen ihm und Neumann wieder in Dresden eingetroffen, um persönlich eine Ausgleichung mit der Intendant anzubahnen.

Paris, 16. Febr. Das Ereigniß des Tages, schreibt die „Fr. Gort“, ist der immense Erfolg, welchen der greise Auber — er hat vor einigen Tagen sein fünfundsiebzigstes Lebensjahr angebeten — gestern in der Komischen Oper mit einem neuen Werk: „Le premier jour de bonheur“ (Text von Dennery und Cormon) davongetragen hat. Die Kritik versichert, daß die neue Oper an Frische, Melodienreichtum und feinem Humor dem „Fra Diavolo“, dem Schwarzen Domino u. s. w. nichts nachgibt. Von den ausübenden Künstlern theilten Capoul, Sainte-Foy und Frau Gabel mit dem Komponisten und den Dichtern den Erfolg des Abends.

Nach der von Großh. Regierung erhaltenen Auskunft hat nun diese Steuer im Jahr 1866 ertragen: bei 1) 35,446 fl. 33 kr., bei 2) 3519 fl. 36 kr., bei 3) 11,385 fl. 52 kr.

Hieraus geht nun hervor, daß die Brennerei bei uns vorzugsweise im Kleinen zur Verwertung landwirtschaftlicher Nebenprodukte betrieben wird. Aus diesem Grund wollte die Großh. Regierung die Branntweinsteuer nicht erhöhen, und die Kommission erklärt sich damit einverstanden, wenn sie auch gegen die Erhöhung der Steuer bei den Dampfbrennapparaten keinen Einwand erheben würde. Der Antrag der Kommission geht daher dahin, unter § 9, Branntweinsteuer, nach der Regierungsvorlage für jedes der beiden Jahre 1868/69 83,962 fl. zu genehmigen.

§ 10. Schlachtvieh-Accise 285,776 fl.; diese Steuer, sowie

§ 11. Liegenschafts-, Schenkungs- und Erbschaftsaccise 824,798 fl. sollen nicht erhöht werden, womit die Kommission einverstanden ist und es nicht für nöthig hält, diese Ansicht noch besonders zu begründen, da die Fleischpreise ohnehin eine abnorme Höhe erreicht haben und die Liegenschaftsaccise schon oft in diesem Hause als diejenige Steuer bezeichnet wurde, welche, wenn möglich, vor allen andern gemindert werden müßte.

Ein definitives Resultat der gestern vorgenommenen Wahlen zum Zollparlament ist uns bis jetzt noch aus keinem Wahlkreis bekannt.

Die vollständigsten Nachrichten haben wir aus dem Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal; nur aus 4 Landgemeinden fehlen noch die Angaben. Es fielen auf Banquier Kölle hier 6165, auf Frhrn. v. Gölter 5647 Stimmen.

In dem Wahlkreis Freiburg erhielt Oberbürgermeister Fauler in der Stadt Freiburg und in dem Amtsbezirk Emmendingen 3926, Lindau 984 St.; im Wahlkreis Pforzheim: Hr. Denny im Amtsbezirk Pforzheim und in den Städten Durlach und Ettlingen, nebst einigen Landorten 5332, Dahmen 837 St.

Aus dem Wahlkreis Lörrach liegt bis jetzt nur das Ergebnis für den größeren Theil des Amtsbezirks Lörrach vor, wo auf Frhrn. v. Roggenbach 2610, auf Frhrn. v. Anblau 640 St. fielen.

Im Wahlkreis Konstanz ist in den Amtsbezirken Konstanz und Stockach die Mehrheit dem Hrn. Faller gegen Frhrn. v. Stöckingen zugefallen; genaue Zahlen fehlen uns noch. Aus dem Wahlkreis Lahr-Offenberg hören wir, daß Ministerialrath Kiefer im Amtsbezirk Lahr 3499 St. gegen Oberhofgerichtsrath Köpffert erhielt, welchem 1835 Stimmen zufielen.

In der Stadt Mannheim schlug Hr. Dissen mit 1417 St. seinen Gegner Köpffert, der nur 32 Stimmen erlangte, während in einigen Landorten beide Kandidaten gleichstehen.

Im Wahlkreis Heidelberg ist gegen Dr. Herth kein Gegenkandidat aufgestellt worden; im Wahlkreis Sinsheim-Mosbach siegte im Amtsbezirk Eppingen Geh. Rath Blumhilt mit 1692 St. gegen Oberkirchenrath Mühlhäußer mit 1031 St.

Aus den übrigen Wahlkreisen liegen bis jetzt nur Berichte aus einzelnen Orten vor, die keinen Anhalt zu Schlüssen über das Wahlergebnis geben.

Deutschland.

Karlsruhe, 19. Febr. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 8 enthält (außer Personalmeldungen):

I. Gesetz, den Bau einer Eisenbahn von Freiburg nach Breisach betreffend.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. Den Abschluß eines Uebereinkommens mit Italien über den Vollzug von Erschreibungen und Zustellung gerichtlicher Verfügungen in bürgerlichen Rechtsfällen betreffend. 2) Bekanntmachung des Großh. Ministeriums des Innern. Die Abhaltung einer medizinischen Vor- und Hauptprüfung betreffend. Im Frühjahr d. J. werden beide stattfinden. Diejenigen, welche an der einen oder andern Theil nehmen wollen, haben sich bis längstens 9. März d. J. bei Großh. Obermedizinalrath zu melden.

III. Diensterledigung. Der Notariatsdistrikt Kap-pel ist erledigt.

IV. Todesfall. Gestorben ist: Am 4. Febr. d. J. Karl Mathy, Staatsminister der Finanzen, Präsident des Staatsministeriums und des Handelsministeriums.

Karlsruhe, 19. Febr. Die plötzliche, nach Grund und Zweck noch unaufgeklärte Uebersiedelung der soj. hannover'schen Legion aus der Schweiz nach dem Elsaß hat nicht verfehlen können, ein unangenehmes Aufsehen und da und dort Beunruhigung zu erregen. Wie die französische offiziöse Presse die beruhigendsten Versicherungen gibt, und insbesondere hervorhebt, daß die kaiserliche Regierung von dem Erscheinen der hannoveraner keine Ahnung gehabt habe und durch dieselbe selbst nicht weniger überrascht worden sei, als die übrige Welt, so erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß auch die k. ö. österreichische Regierung jede Mißthandlung oder Mitwisserschaft an dem Untertanen der hannoveraner entschieden zurückweist und offiziell versichert, das bekannte Komunique der „Wiener Zeitung“ (s. Karlsr. Ztg. Nr. 40) enthalte bezüglich der Vernehmung der hannoveraner mit österreichischen Bässen die ganze Wahrheit, während Alles, was der kaiserlichen Regierung über die Einräumungen des offiziellen Artikels hinaus zur Last gelegt werde, unwahr und erfunden sei.

Stuttgart, 18. Febr. Sitzungen beider Kammern des Landtags.

Heute hatte jede der beiden Kammern zwei Sitzungen, damit vollends alle Geschäfte erledigt werden, bis übermorgen der Landtag-Schluß erfolgt, was unwiderstehlich festgesetzt ist. In der Ersten Kammer wurde

in der Vormittagsitzung der Bericht der Militärkommission (Berichtserfasser Generalleutnant v. Daur) über die noch abweichenden Beschlüsse des andern Hauses zum Kriegsdienst-Gesetz beraten. Die Kommission stellte den Antrag, allen Beschlüssen beizutreten, damit das Gesetz zu Stand komme. Es geschah dieses übrigens nicht, weil die Kommission ihre Ansichten in Betreff der Art. 8a, 12 und 106 insbesondere geändert hätte, vielmehr hält sie diese Beschlüsse des andern Hauses für nachtheilig und schädlich (sie betreffen namentlich den Bestand des Unteroffizierskorps und die Kontrolversammlungen der Landwehr); allein das Nachzustandekommen des Gesetzes wäre doch ein noch größerer Nachtheil, weil dasselbe auch in dieser Gestalt noch einen Fortschritt, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, mit sich bringe. Die Nachteile wegen der Unteroffiziere werden durch die noch im Heer befindlichen Einseher, die noch länger präsent gehalten werden können, sowie durch die verwilligten Präsenzzulagen etwas gemindert. Der Kriegsdepartements-Ges. Generalmajor v. Wagner behält der Regierung die Ervägung der Frage vor, ob das Gesetz, nachdem es die beschlossenen Änderungen erfahren, ohne Nachtheil für das Heer durchgeführt werden könne. Minister v. Gölter spricht die Hoffnung aus, daß durch die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht das Volk im Allgemeinen eine günstige Ansicht von der Sache bekommen und namentlich die Ansichten im andern Hause in ein paar Jahren sich so klären werden, daß die bis zur Verathung des nächsten Haupt-Finanzetats durch die gemachten Erfahrungen als notwendig erkannten Verbesserungen an dem jetzigen Gesetz keinem Widerstand mehr begegnen werden. Bei der Endabstimmung über das ganze Gesetz wird dasselbe mit 26 gegen die 4 Stimmen der Fürsten v. Hohenlohe-Jagstberg und v. Bartenstein, v. Walburg-Zell und v. Windlichgrätz angenommen. Darauf beschloß sich die Kammer mit dem Gesetz über die Sportelabgabe von 20 fl. für nicht eingereichte Militärschlichte, das genehmigt wird, mit verschiedenen Etatsfähigen, Zollvereins- und Münzvereins-Gegenständen, die alle nach den Beschlüssen des andern Hauses angenommen werden. — In der Abendsitzung wurde der Etat des Kriegsdepartements beraten und nach den Beschlüssen des andern Hauses angenommen, dabei aber bei den Abstrichen des letztern die Bereitwilligkeit ausgesprochen, die vollen Ertrigen der Regierung zu verwilligen.

In der Zweiten Kammer wurden einige Nachergenzen des Kriegsdepartements beraten und dabei der frühere Beschluß wegen geringerer Verwilligung für die Landwehrgesamte aufgehoben und eine erweitertere Ertrigen angenommen, wogegen eine Nachergenz für 52 weitere Remontepferde für die Reiterei, als durch den Abstrich der Vermehrung des Feldjägerskorps nöthig geworden, abgelehnt. — Die Frage, auf welche Zeit der Etat festzustellen und die Steuern zu verwilligen seien, gibt zu längeren Erörterungen Anlaß; schließlich wird der Kommissionsantrag auf Verwilligung für 3 Jahre mit 81 gegen 8 Stimmen angenommen. Eine Anzahl Abgeordneter gibt jedoch eine Motivirung ihrer Abstimmung dahin ab, daß sie nur deshalb zugestimmt, weil sie bei der Kürze der dem Landtag noch zugewiesenen Zeit eine Umrechnung des Etats auf 2 statt der 3 Jahre mit Genauigkeit nicht mehr für durchführbar hält. Hierauf wird zu den direkten und indirekten Steuern übergegangen, worüber bei Postschluß das Ende noch nicht erreicht ist.

München, 18. Febr. (Mürib. Corr.) Der Abgeordnete kammer wurde heute vom Finanzminister der Berg-gesetz-Entwurf vorgelegt. Der Justizminister erklärte in Verantwortung einer Interpellation Neuffer's: Er werde keine Gesetzesvorlage wegen Amortisation von Inhaberpapieren einbringen. Bei Verathung der Rückübertragung der Reichsräthe über Stenglein's Anträge erfolgten entschiedene Verwahrungen und Aufregungen über Agitationen und Vorkommnisse bei der jüngsten Wahl, aus Veranlassung in der Presse, von den Kanzeln und in Versammlungen geäußelter Verdächtigungen, als befördere die Kammer die Entfittlichung des Volkes.

Berlin, 18. Febr. Sitzungen beider Häuser des Landtags vom 18. Febr.

Im Abgeordnetenhaus brachte der Minister des Innern zwei Gesetzesentwürfe ein. Der erste derselben betrifft die definitive Einführung der Verordnung vom 30. Mai 1849 (Wahlgesetz) in die neuen Provinzen, der zweite enthält eine neue Wahlbezirks-Eintheilung für den ganzen Umfang der Monarchie, beruhend auf dem Prinzip, jeden Kreis und jede größere Stadt möglichst für sich wählen zu lassen. Abg. Vastker rügt, daß eine so umfassende Vorlage kurz vor Schluß der Session eingebracht werde. Es sei dies ein Verstoß gegen den Sinn des Gesetzes, welches eine Regelung der bestehenden Verhältnisse noch in dieser Session verlange. Der Minister Graf Eulenburg revidirte die Verpätung durch die Schwierigkeit der statistischen Zusammenstellungen. Eine Beschlusfassung über die geschäftliche Behandlung der Gesetzesentwürfe wird auf Antrag des Abg. Ewosten so lange ausgesetzt, bis sich die Vorlagen gedruckt in den Händen der Mitglieder befinden werden.

Das Haus tritt hierauf in den ersten Gegenstand der Tagesordnung: Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe, betreffend die Ueber-sicht über den Fortgang des Baues, bzw. über die Ergebnisse des Betriebes der preussischen Staatsbahnen im Jahr 1866. Das Haus beschließt dem Antrag der Kommission gemäß, die vorbezeichnete Ueber-sicht unter Anerkennung der umsichtigen Leitung des Staats-Eisenbahn-wesens als erledigt anzusehen.

Das Herrenhaus beriet in seiner heutigen Sitzung zunächst über das Gesetz, betr. die Entschädigung der Depositionen. Die Kommission beantragt einstimmig die Annahme des Gesetzes. Hr. v. Brünneck (Jacobau) interpellirt die Regierung darüber, ob sie sich auch nach den bekannten Agitationen des Königs Georg in der letzten Zeit, die von Oesterreich im Geheimen unterstützt zu werden schienen, für berechtigt und verpflichtet hielt, dem Vertrag mit dem König Georg nachzukommen, oder ob sie nicht vielmehr das Geld zurückhalten werde, so lange dieser gegen Preußen die Feindseligkeiten fortzusetzen scheine. Der Finanzminister erwidert, daß das Haus, das Gesetz aus diesen Gründen nicht zu beanstanden, da die Regierung überseits entschlossen sei, den Vertrag ehrlich zu halten. Die gerügten Agitationen habe die Regierung bereits in ernste Ervägung gezogen, und es seien Erörterungen angestellt, die sich zur Zeit noch der Öffentlichkeit entzogen. Wenn aber König Georg nach Publikation des Gesetzes in einer Haltung, die mit dem Geist des Vertrags in Widerspruch stehe, beharre, so werde sich die Regierung für verpflichtet halten, das Vermögen des Königs mit Beschlag zu legen und so lange keinen Thaler herauszugeben, bis man die feste Ueberzeugung habe, daß auch er den Vertrag zu halten entschlossen sei. (Beifall.)

— Nach dieser Erklärung nimmt das Haus das Gesetz einstimmig an.

Es folgt die Verathung über das Gesetz, betreffend den hannover'schen Provinzialfonds. In der Finanzkommission, welche das Gesetz vorberathen hat, war sowohl das vom Abgeordnetenhaus angenommene Gesetz (Amendement Karborst, jährliche Rente von 500,000 Thlr.), als auch die Regierungsvorlage (Ueberlassung eines verhältnismäßigen Kapitals zu Provinzialzwecken), beide mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt worden, so daß dieselbe einen bestimmten Antrag zu stellen außer Stand ist. Der Finanzminister befürwortet dringend die Annahme des Gesetzes, wie es aus dem Abgeordnetenhaus gekommen; die Gründe, welche die konservative Partei hier zur Opposition veranlasse, seien ihm unerfindlich; finanzieller Natur könnten dieselben unmöglich sein, da solche nicht vorhanden wären; noch schwerer verständlich aber wäre es, wie die konservativen politischen Gründe haben könnten, um dem gegenwärtigen Ministerium solche Opposition zu machen. Es sei eine patriotische Pflicht des Herrenhauses, dem Gesetz zuzustimmen. Minister v. Below bedauert unter Weisfall des Hauses den Ton, der vom Ministerium gegen die konservative Partei eingeschlagen sei. Politische Ervägungsgründe könnten gar nicht maßgebend sein, nur finanzielle. Er erläuterte jedoch die Kommissionsberatung. Der Finanzminister erklärte, daß es nicht in seiner Absicht gelegen habe, die konservative Partei zu verletzen. Graf York plaidirt aus politisch-praktischen Gründen für Annahme des Gesetzes, wie es aus dem Abgeordnetenhaus herübergekommen. Die Regierung sei gebunden, v. Kleist-Neow gegen das Gesetz; er will nur 300,000 Thlr. bewilligen, event. 8 Millionen Kapital. Sobrecht empfiehlt das Gesetz, trotzdem auch er manche Bedenken habe. Es sei der Anfang einer wünschenswerthen Dezentralisation, die sich hoffentlich nach und nach auf alle Provinzen ausdehnen werde. Hr. v. Waldow tritt sehr entschieden gegen das Gesetz auf. Es könnten hier lediglich finanzielle Gründe maßgebend sein und es sei Unrecht, die Provinz Hannover zu Ungunsten der alten Provinzen zu benachtheiligen. Auch er unterläge die auswärtige Politik; wenn aber das Haus deshalb zu allen inneren Fragen „Ja“ sagen wolle, könnten sie lieber zu Hause bleiben. Unsere Finanzlage sei nicht derart, daß sie eine solche Auflage auf die Zeit möglich mache. Es antworteten hierauf der Minister des Innern und der Finanzminister in längeren Vorträgen mit warmer Befürwortung des Gesetzes. — Schließlich wurde der Antrag Waldow (Bewilligung von 8 Mill. Kapital) verworfen und das Gesetz mit 127 gegen 14 Stimmen angenommen.

Berlin, 18. Febr. (Köln. Ztg.) Man bestätigt, daß gestern, Montag, Mittags die norwegische Postkonvention unterzeichnet wurde. Hr. Rye ist gestern Abend über Hamburg abgereist. Die beiden belgischen Postkonventionen sollten heute im Entwurf festgesetzt und alsdann von Hrn. Fassiaux, um die Entschcheidung der belgischen Regierung in einigen wichtigen Punkten einzuholen, nach Brüssel überbracht werden.

In dem Kongress norddeutscher Landwirthe bei der Verathung über das Real-Kreditwesen beantragten die Referenten Präsident Lette und Professor Bekker Resolutionen, wodurch eine Reform der preussischen Hypothekensordnung von 1783 nebst der Novelle von 1853, die Ausdehnung dieser Reform auf das ganze Gebiet des Norddeutschen Bundes behufs Herstellung einer gemeinschaftlichen Grundbuch-Ordnung, die Reform des Substitutionsrechtes, eine weitere Entwicklung der Kreditinstitute, Hebung des Mobilien- und Personalcredits durch auf genossenschaftliche Selbsthilfe begründete Institute verlangt werden.

Berlin, 18. Febr. Die hier geführten Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Postvertrages mit Belgien haben heute ihr Ende erreicht. Da das Ergebnis derselben noch kein definitives ist, so hat auch die Unterzeichnung eines Vertrages noch nicht stattfinden können. Man ist hier erst über den Entwurf zu endgiltigen Abmachungen einig geworden. Die belgischen Bevollmächtigten haben ihrer Regierung diesen Entwurf zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen. Das definitive Arrangement, an dessen Zustandekommen nicht mehr gezweifelt wird, soll dann im Korrespondenzwege herbeigeführt werden. — Schon früher meldeten wir, daß eine Vervollständigung der Vertretung Preußens im Norddeutschen Bundesrath zu erwarten sei. Dem Bernommen nach ist vorerit noch der Geh. Regierungsrath Graf zu Eulenburg aus dem Ministerium des Innern zum diesseitigen Mitglied des Bundesraths ernannt worden. Das preussische Ministerium des Innern war darin bis jetzt noch nicht vertreten. Neuerdings haben sämtliche diesseitige Bevollmächtigte dem norddeutschen Bundesrath auch die Berufung zur Mitgliedschaft des Zollvereins-Bundesraths erhalten. — Vom Minister des Innern wurden in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses noch zwei Gesetzesentwürfe eingebracht. Der erste betrifft die definitive Einführung der Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 in die neuen Landesheile. Der zweite enthält eine neue Wahlbezirks-Ordnung für die ganze Monarchie. Gemäß derselben soll möglichst jeder Kreis und jede größere Stadt für sich zum Abgeordnetenhaus wählen, also möglichst Trennung von Stadt und Land, und nicht mehr Zusammenlegung von Wahlkreisen zur Wahl mehrerer Abgeordneter.

Berlin, 19. Febr. (S. M.) Der Handelsvertrag mit Oesterreich wird umfassende Herabsetzungen des österreichischen Tarifs bewirken. Instruktionen über einige Punkte werden noch aus Wien erwartet. Der Abschluß findet wahrscheinlich kommende Woche statt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 17. Febr. Plenarsitzung der Delegation des Reichsraths. Greuter verlangt Aufklärung, ob die Bewilligung geheimer Fonds zur Kompetenz der Delegation gehöre. Redner befragt die Ausübung eines Einflusses von Seiten des auswärtigen Ministeriums auf die verschiedenen Landesministerien. Minister Berger erklärt Namens der Regierung, daß das oesterreichische Ministerium keinerlei geheime Fonds beanspruche. Der Reichsrath legt hinzu, nach den Bestimmungen des Gesetzes sei keine Einflußnahme zu befürchten; die bündige Erklärung Berger's müsse darüber beruhigen. Das auswärtige Ministerium sei gegenwärtig besonders dazu berufen, die Sicherheit der Monarchie mit

Rückficht auf die Agitationen in Grenzländern in das Auge zu fassen. Frhr. v. Beust erklärt sich ferner gegen die Nichtbezeugung oder Umwandlung von Gesandtschaftsposten vom Standpunkt der Großmachtsstellung Oesterreichs. Bei zu beschrankter Anzahl diplomatischer Posten sei eine wirksame Diplomatie unmöglich. Greuter entgegnet, er erwarte die Wahrung der Interessen des Katholizismus weder von dem österreichischen Gesandten in Rom, noch von den Kabinetten, sondern vom Volke, worauf Schindler repliziert, die überwiegende Mehrheit des Volkes liege innerhalb des Staates; wer sich außerhalb des Staates stellen wolle, den werde man in die Grenzen wieder hineinbringen. Der Reichskanzler unterstützt den Antrag Jablonowski's, die Gehaltssteigerung für den Botschafter in Rom zu bewilligen. Die Anträge und Resolutionen des Ausschusses werden angenommen und der Präsident ermächtigt, die gefassten Beschlüsse an die ungarische Delegation zu übermitteln.

Wien, 18. Febr. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses waren fast alle Erzherzöge erschienen. Der neuernannte Präsident, Fürst Colloredo, begrüßt das neue Ministerium und vertritt, daß das Herrenhaus gleich der Mehrzahl der Völker demselben mit vollem Vertrauen entgegenkomme. (Beifall.) Ministerpräsident Fürst Auersperg empfiehlt die Regierung der Unterstützung des Herrenhauses, welches jeder Zeit seine Mission treu erfüllte und im Geiste patriotischer Unparteilichkeit diese Unterstützung auch dem Ministerium angebotenen lassen wolle, das sich den ungetriebenen Glanz der Krone und die Festhaltung an freiständigen Institutionen zur Aufgabe gemacht.

Wien, 18. Febr. Die „Presse“ schreibt: Die hannoversche Botschaftsangelegenheit kann endlich als beigelegt betrachtet werden. Preußen hat seinen Zweck erreicht. Der Hof von Hiesing ist sowohl durch eine Note des Baron Beust, wie durch direkte Abgesandte des Kaisers nachdrücklich an die Bedingungen gemahnt worden, unter welchen dem König Georg das Gastrecht auf österreichischem Boden gewährt werden. Man ist, wie der „N. Frk. Stg.“ geschrieben wird, in dieser Richtung sogar einen Schritt weiter gegangen. Um nämlich etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, hat der Kaiser befohlen, daß an den Festlichkeiten, welche zur Feier seiner silbernen Hochzeit vom König Georg veranstaltet werden, kein Mitglied der kaiserlichen Familie sich betheilige; andererseits ist das Ersuchen des Königs Georg, zu diesen Festlichkeiten die kaiserlichen Redoutensäle benützen zu dürfen, abschlägig beschieden worden. Die kaiserliche Regierung befindet sich damit im vollen Einklang mit der Haltung der Bevölkerung, die wohl dem entthronten König und seinem Anhang mit Achtung und Freundlichkeit begegnet, aber für Demonstrationen, wie sie in diesen Tagen in Szene gesetzt werden, keine Sympathien hegt.

Wien, 18. Febr. Die „Wien. Abendpost“ weist entschieden die Verächtlichmachung des „Volksfreund“ zurück, daß den Hannoveranern mit Wissen und Willen des Reichskanzlers v. Beust die Pässe verabsolgt worden seien.

Prag, 17. Febr. Gestern Abend gingen hier zwei Extrazüge mit 862 Hannoveranern der verschiedensten Stände, darunter auch Kinder, durch. Jeden Zug begleitete eine eigene Musikbande, welche die österreichische und hannoversche Volkshymne spielte. Die Extrazüge brachten Hochrufe auf den Kaiser, den König von Hannover und Prag aus.

Italien.

Florenz, 17. Febr. Der Kammer ward ein Gesetzesvorschlag zu einer Dotation von 500,000 Fr. für die Prinzessin Margherita vorgelegt, sowie das provisorische Budget für den Monat März.

Florenz, 18. Febr. Die italienische Korrespondenz sagt, es werde bei Gelegenheit der Heirath des Kronprinzen Humbert keine königl. Proklamation erscheinen. Die Korrespondenz stellt in Abrede, daß die beunruhigenden Berichte über Sicilien begründet wären. Der Bericht über die Bilanz der öffentlichen Arbeiten reduziert dieselben auf 57 Millionen, also um eine Differenz von 24 Millionen gegen 1867.

Florenz, 18. Febr. Briefe aus Rom versichern, daß Oesterreich geneigt sei, sich mit einem Kontrakt zu begnügen, welches genau so wie das französische Kontrakt wäre, und es habe die guten Dienste Frankreichs nachgesucht in seinen Unterhandlungen mit der päpstlichen Kurie.

Frankreich.

Paris, 18. Febr. „Liberté“ zufolge wäre ernstlich die Rede von einem neuen „Septembervortrag“, der die beiden Regierungen von Frankreich und Italien noch enger verpflichten würde. Dieser Vortrag würde sich nicht darauf beschränken, die weltliche Macht des Papstes zu garantieren, er würde auch Italien gegen die Gefahr der Festückelung garantieren und so dem italienischen Kabinet gestatten, seinen militärischen Effectivbestand auf die dringendst notwendige Truppenstärke zu reduzieren. — Dem „Journ. de Paris“ zufolge geht das Gerücht, die päpstliche Regierung sei mit einem großen belgischen Bankhaufe in Unterhandlung getreten wegen einer Anleihe, deren Nominalzahl 50 Millionen, die effektive Zahl aber 40 Millionen sei. Dasselbe Blatt erzählt aus Rom, daß der Erzbischof von Paris seit der in der Rochusstraße abgehaltenen Konferenz der Geistlichkeit von Paris über die Beweismittel bezüglich der Encyclica alle Aussicht auf seine baldige Ernennung zum Kardinal verloren hat. — Rente 69.62 1/2, Cred. mob. 212.50, ital. Anl. 44.15.

Paris, 18. Febr. Gesetzgeb. Körper. Preßgesetz. Ein Amendement, den freien Eingang der fremden Zeitungen in Frankreich betreffend, wird eingebracht. Garrier-Pagès und Jules Favre fordern, daß für den Eingang fremder Blätter es keiner besondern Ermächtigung mehr bedürfe. Das Amendement wird verworfen. Ein anderes Amendement, welches den öffentlichen Verkauf der Zeitungen nicht beschränkt wissen will, wird ebenfalls verworfen.

Belgien.

Brüssel, 16. Febr. (Köln. Stg.) Die allgemeine Verathung über das Militärgesetz in der Repräsentantenkammer, welche nun schon an vier Wochen fortgesponnen wird, scheint eine vollständige Verwirrung und Auflösung in die alten Parteien zu bringen. Wie neulich ein liberales Mitglied, Hr. Couvreur, sich mit großer Lebhaftigkeit gegen das Ministerium aussprach, so sprach in der gestrigen Sitzung ein sonst sehr heftiges Mitglied der liberalen Partei, Hr. Dumortier, sich für den Gesetzesvorschlag der Regierung aus und redete gewissermaßen zu Gunsten des Ministeriums, welchem sonst doch die liberale Partei alles Böse nachzusagen pflegt. Hervorgehoben war dieses durch eine lange Rede des Hrn. Coomans, welche durch zwei Sitzungen dauerte, und in welcher dieser Redner, wie gewöhnlich, nach allen Seiten abschwefelnd, die sog. konservative Partei wegen ihrer starren Unbeweglichkeit tadelte. Er bezeichnete sich und seine Freunde als reformatorische Katholiken, worauf ihn Hr. Dumortier antwortete: „Sie sind kein Katholik mehr, Sie sind ein Radikaler von der schlimmsten Sorte.“ Gegen Hr. Dumortier trat sodann wieder Hr. Rothomb auf, welcher dagegen protestirte, daß die konservative Partei unbeweglich sei und die Freiheit nicht wolle. Wenn somit die bisherige geschlossene Partei der Liberalen sich spaltet, so ist andererseits eine Koalition eines Theils derselben mit den vorgeschrittenen Liberalen, den sogenannten Radikalen, im Werk, wie es sich bei der großen Volksversammlung am 9. Febr. zu Lüttich und bei der Demonstration an demselben Tage zu Antwerpen, beide gegen das Militärgesetz und überhaupt gegen das ganze bestehende Militärsystem gerichtet, gezeigt hat.

Großbritannien.

London, 17. Febr. Unterhaus: Graf v. Mayo kündigt an, daß er am 9. März eine Reformbill für Irland in Vorschlag bringen werde. Der Lord-Advokat legt eine Reformbill für Schottland vor. — Die Bill der Suspension der Habeas-Corpus-Akte in Irland wird bei der zweiten Lesung votirt.

London, 17. Febr. Der noch unbedeute Kest der russischen Eisenbahn-Anleihe für die Linie Drei-Bitebsk, im Betrag von 2,500,000 Pfd. Sterl., soll zum Kurs von 75 emittirt werden.

London, 18. Febr. Lord Stanley hat sich gestern zu seinem Vater, dem Lord Derby, begeben. Der Zustand des Kranken hat sich etwas gebessert.

London, 18. Febr. Im Unterhaus wurde die Vorlage in Betreff weiterer Suspension der Habeas-Corpus-Akte in Irland zum zweiten Mal verlesen. Die Regierung legte die schottische Reformbill vor, welche einen gleichen Census wie die englische enthält, und die Streikung von sieben neuen Unterhausmitgliedern für Schottland empfiehlt. Festige Opposition droht dem letztgenannten Punkt. — Aus Dublin wird gemeldet, daß Sullivan, der Herausgeber der „Weekly News“, von der Jury schuldig befunden worden ist. — In Cork sind neue Verhaftungen vorgenommen worden. Die Behörden besorgen von Seiten des Pöbels einen Versuch, MacKay gewaltsam zu befreien.

Amerika.

Neu-York, 8. Febr. Der neue englische Gesandte, Mr. Stornon, wurde gestern dem Präsidenten vorgestellt, bei welcher Gelegenheit der Austausch der freundschaftlichen Versicherungen beider Nationen stattfand. — Der Finanz-ausschuß berichtete über eine finanzielle Bill, welche zur Ausgabe einer innerhalb 40 Jahren rückzahlbaren 5prozentigen Anleihe im Betrag der ganzen Nationalschuld, mit Ausnahme der bereits schon jetzt 5 Prozent tragenden Obligationen, ermächtigt. Das Kapital und die Zinsen in Gold zahlbar. Es bleibt der Regierung dabei vorbehalten, die Bonds schon nach 10 Jahren einzulösen oder dieselben in andere nationale Staatspapiere zu pari einzuwechseln. Der Ausschuss begutachtet außerdem eine Bankbill, nach welcher der Umlauf der Staats- und Nationalbanknoten auf 700 Millionen erweitert werden soll. — Nachrichten aus Vera-Cruz melden von einer zweiten Niederlage der Rebellen in Yucatan. Die Quarantäne besetzten Meriba.

Neu-York, 17. Febr. Die via San-Francisco von Japan erhaltenen Nachrichten melden von einer Revolution der Daimios. Der Mikado ist gefangen genommen worden. Der Taitun hat sich nach Datsa geflüchtet, wo er Militärkräfte organisiert, um die emporstrebenden Daimios anzugreifen. Die Stadt Siago und zwei Palläste von Jeddo sind durch das Feuer zerstört worden. Die Repräsentanten der europäischen Mächte sollen sich gereizt haben, zu interveniren.

Baden.

Karlsruhe, 19. Febr. Zollparlaments-Wahl. Von den 5949 Wahlberechtigten haben 3465, d. h. also 58 Proz. von ihrem Recht Gebrauch gemacht. Es fielen 2924 Stimmen auf Hrn. Bankier Köllle und 534 auf Frhrn. v. Söller. Zerstückelte Stimmen 7.

Durlach, 16. Febr. (D. W. Bl.) Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde der 79jährige Karl Klener in seiner Wohnung mittelst eines dreifachen Werkzeuges an der rechten Kopfseite lebensgefährlich verletzt. Dieser That dringend verdächtig ist der 20 Jahre alte Friedrich Ade, Sohn des Barometermachers Noa Ade von Durlach, welcher vor mehreren Wochen einen nicht unbedeutenden Gelddiebstahl zum Nachtheil des Creditors bei der Großh. Domänen-direktion zu Karlsruhe verübt haben soll, sich aber der Untersuchung durch die Flucht entzogen hat. Anlässlich der alsbald nach verübter That in der Wohnung des Noa Ade vorgenommenen Untersuchung wurde Friedrich Ade verhaftet gefunden, verhaftet und in sichern Verwahr gebracht. [Hr. Klener, den — wie man annimmt — Friedrich Ade betrauben wollte, ist dem Tode nahe. Schon vor einigen Jahren war er betrauben worden, ohne daß man den Thäter herausfand. Man vermutet, daß auch diese und noch eine Reihe anderer Unthaten dem Friedrich Ade zur Last fallen.]

Pforzheim, 18. Febr., Abends. Die Wahl des Hrn. Fabrikanten A. Dennig-dahier als Abgeordneten zum Zollparlament ist

gesichert. Nach den bis jetzt bekannten Ergebnissen fielen auf Hrn. A. Dennig im Bezirk Pforzheim und in den Städten Durlach, Ettlingen und Gernsbach 4800 und auf Hrn. D. Dahmen 642 Stimmen. Letzterer hat in mehreren katholischen Orten die Mehrzahl der Stimmen, während andere, wie z. B. Tiefenbrunn, einhellig für Hrn. Dennig stimmten.

Mannheim, 18. Febr. (Mannh. Stg.) Wahl zum Zollparlament. Hier wurden 1459 Stimmen abgegeben, wovon 1417 auf Hrn. G. G. Diffené, 32 auf Hrn. Köhler, 3 auf Hrn. Ed. Moll fielen und 7 weitere Stimmen sich zerstückelten. In Schwetzingen erhielt Hr. Diffené von Mannheim von 460 Wählern 390 Stimmen, Oberhofrichterrath Köhler 70. In Plankstadt wurden 293 Stimmen abgegeben, und erhielt Hr. Diffené in Mannheim davon 192, 101 fielen auf Hrn. Köhler.

Mosbach, 18. Febr. (Mannh. Stg.) Das Ergebnis der Wahl zum Zollparlament war in hiesiger Stadt mit zwölf nahegelegenen Gemeinden: Für Hrn. Geh. Rath Dr. Luntschi 1700, für Hrn. Pfarrer Mühlhauer 420 Stimmen.

Laubersbischheim, 18. Febr. (Mannh. Stg.) Wahlen zum Zollparlament. XIV. Wahlbezirk. In der Stadt Laubersbischheim gaben von 594 Wahlberechtigten 435 ihre Stimmen ab. Hieron erhielten Staatsrath Lamey in Mannheim 403, Kaufmann Einbau in Heidelberg 25; 7 Stimmzettel sind beanstandet.

Baden, 19. Febr. Unsere Stadt hat den klerikalen Nachsationen wieder widerstanden, denn von 1015 Stimmen erhielt Lamey 606; dagegen lauten die Nachrichten aus den Landorten unseres Amtsbezirks sehr ungünstig.

Baden, 19. Febr. Bei den Erneuerungswahlen in den hiesigen evangel. Kirchengemeinderath wurden am letzten Sonntag mit glänzender Stimmenmehrheit gewählt: Bezirksarzt Dr. Wilhelm, Partikulier Ziegler und Kreisgerichtsdirektor Dr. Buchelt. Die Wahl des Letztern ist insofern von besonderer Bedeutung, als darin die beste Widerlegung der Angriffe liegt, welche er in der letzten Zeit von Seiten der klerikalen Blätter erfahren hat.

Lahr, 18. Febr. Zollparlaments-Wahl. In der Stadt Lahr erhielt Kiefer 1204 und Köhler 10 Stimmen. Diverse Stimmen 4.

Freiburg, 18. Febr. (N. S. Stg.) Bei der Zoll-Parlamentswahl stimmten hier 2418. Es fielen hievon 1654 St. auf Hrn. Fauler, 746 auf Hrn. Einbau.

Freiburg, 18. Febr. (Freib. Bl.) An hiesiger Universität ist als Prorektor für das Studienjahr 1868/69 Hr. Hofrath Professor Dr. Schmidt gewählt und befristet worden.

Vom Ueberlinger See, 16. Febr. (Konst. Stg.) Waldbühler Waibel von Reßelwangen, 67 Jahre alt, wurde heute in der Frühe auf der Straße, die von Sippingen nach Reßelwangen führt, aber noch im Orte Sippingen selbst, bei den letzten Häusern, erschlagen gefunden. Es wurde demselben Nachts gegen 11 Uhr beim Nachhausegehen mittelst eines schweren Scheiters der Schädel total zertrümmert; als der Thät verdächtig ist ein Burche aus Sippingen, der wegen Holzstehls von dem Gerichte in Strafe gebracht worden war und demselben deshalb mit dem Tod bedroht, bereits zur Haft gebracht und die gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Bermischte Nachrichten.

Stuttgart, 18. Febr. Das Landeskomitee der Volkspartei hat sich Sonntag den 16. d. M. neu konstituir, Karl Mayer zu seinem Vorstand, Hermann Niehamer zum Schriftführer, und Th. Walter zum Kassier bestellt. Oesterlen ist in Folge der Differenz über die Wahlen zum Zollparlament aus dem Komitee, nicht aus der Partei ausgetreten. Nach mehrstündiger Debatte ist festhalten am Beschluß der Landesversammlung vom 6. Jan., also Enthaltung von den Wahlen, beschlossen worden. Ein Aufruf an das Volk in diesem Sinne wird veröffentlicht werden, aber auch der Minderheit ist eingeräumt, von den Gründen, aus welchen sie sich der Mehrheit in dieser Frage nicht fügen zu können vermeint, im „Beobachter“ Rechenschaft zu geben.

München, 18. Febr., Abends. (A. Stg.) Laut einem so eben eingetroffenen Telegramm aus Nizza haben sich bei Sr. Maj. König Ludwig I. die allgemeinen und örtlichen Erscheinungen wieder verschlimmert. Um die Spannung zu erleichtern, soll ein zweiter Einschnitt gemacht werden. Der Reichsvater ist berufen.

London, 18. Febr. In dem Zolldepartement der Eisenbahn-Station von Charing-Cross ist Feuer ausgebrochen. Das Gebäude stand nach bei Abgang der Dampfe in Flammen und hatte das Feuer bereits das Dach ergriffen.

Frankfurt, 19. Febr., 2 Uhr 36 Min. Nachmittags. Oesterr. Kreditaktien 195 1/2, Staatsbahn-Aktien 263, National —, Steuerfreie 50 1/2, 1860er Loose 71 1/2, Oesterr. Valuta —, 4 Proz. bad. Loose 98 1/2, Amerikaner 75 1/2, Gold —.

Neu-York, 17. Febr., Abends. Gold 141 1/2, Wechsel 109 3/4, Bonds (1882er) 111 1/2, Baumwolle 22 1/2 Cents, Petroleum Standard White (Philadelphia) 24 1/2 Cents die Gallone.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

18. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 1,77"	— 1,0	S.O.	schw. bew.	heiter, Frost
Mittags 2 "	" 1,04"	+ 5,5	S.W.	" "	" mild
Nachts 9 "	" 0,70"	+ 1,5	" "	" "	" frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzoglich. Hoftheater.

Donnerstag 20. Febr. 1. Quartal. 27. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal wiederholt: **Der Diplomat der alten Schule** Lustspiel in 3 Akten, von Hugo Müller. Hierauf, zum ersten Mal wiederholt: **Die 3 Curatier**; Schwank in 1 Akt, nach dem Französischen von Helin.

Freitag 21. Febr. 1. Quartal. 28. Abonnementsvorstellung. Wegen Unpäßlichkeit des Hrn. Oberhoffer statt der angekündigten Oper „Der Wildschütz“: **Fra Diavolo**; komische Oper in 3 Akten, von Auber.

